

**Einreicher : Fraktion DIE LINKE**

**Betreff: Kampf gegen Kinderarmut: keine Anrechnung von Kindergeld auf die  
Regelsätze - Kostenheranziehung abschaffen**

**Beschlusse Entwurf:**

Der Burgenlandkreis unterstützt die Landesregierung Sachsen-Anhalts bei ihrem Einsatz auf Bundesebene, dass Kindergeld, Unterhaltsvorschuss und Kinderzuschlag nicht auf die Regelsätze von Kindern und Jugendlichen angerechnet werden. Weitergehend sollen die Begrenzungen von sog. SchülerInnen- und Schülerjobs und Ferienjobs, Geldgeschenke als auch das Taschengeld im Rahmen des Freiwilligendienstgesetzes aufgehoben werden.

Der Burgenlandkreis unterstützt außerdem die Landesregierung Sachsen-Anhalts bei ihrem Einsatz, auf Bundesebene eine Änderung des SGB VIII anzustreben, damit Kinder, Jugendliche und junge Volljährige nicht mehr wie im bisherigen Umfang zu Kostenbeiträgen für stationäre, teilstationäre und vorläufige Maßnahmen der Jugendhilfe herangezogen werden. Bis zu einer endgültigen gesetzlichen Regelung macht der Burgenlandkreis gem. § 92 Abs. 5 SGB VIII von seinem Ermessen Gebrauch und setzt die Heranziehung der jungen Menschen ab 2020 aus.

Der Burgenlandkreis wird in den Spitzenverbänden der kommunalen Gemeinschaft entsprechend aktiv.

**Darlegung des Sachverhalts / Begründung:**

Jüngste Fachtagungen, Podiumsdiskussionen u.ä. Veranstaltungen, wie u.a. der Fachtag des überparteilichen Netzwerkes gegen Kinderarmut in Sachsen-Anhalt am 18.Juni in Magdeburg, haben gezeigt, über Parteigrenzen hinweg herrscht Konsens bei der Anrechenbarkeit von Kindergeld und weiteren sog. Einkommen von Kindern und Jugendlichen auf die ALG- II- Sätze von Kindern und Jugendlichen.

Als kritikwürdig wird ebenfalls die Kostenheranziehung gemäß § 94 Abs. 6 SGB VIII ( sog. 75. % Regelung) u.a. von Auszubildenden gesehen, die in ambulanten oder stationären Einrichtungen betreut werden. Dieser Paragraph besagt, dass alle geldverdienenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus stationären Einrichtungen, Wohngruppen und Pflegefamilien, 75 % ihres Einkommens aus Ausbildung oder Nebenjob abgeben müssen. Eine entsprechende bundesweite Petition will erreichen, dass die Kostenheranziehung abgeschafft wird.

Gunter Schneider  
Fraktionsvorsitzender